

## Beschluss Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Mit den Beschlüssen des deutschen Bundestages und des Bundesrates haben die  
2 Länder im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nun zusätzlich zu bestehenden  
3 Wegen die Möglichkeit, Leistungen für Asylsuchende nun auch per Bezahlkarte  
4 auszureichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht die derzeitigen Debatten um die  
5 Ausgestaltung dieser Maßnahme durch Länder und Kommunen kritisch.

6 Die Einführung der Bezahlkarte birgt die Gefahr, dass die gesellschaftliche  
7 Integration und Teilhabe durch Asylsuchende erschwert oder eingeschränkt wird.  
8 Hier bleiben wir mit Blick auf die Ausgestaltung der Bezahlkarte in den Kommunen  
9 aufmerksam. Neben offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch eine  
10 mögliche Erkennbarkeit der Karte und den sozialen Hemnissen, die damit  
11 einhergehen, betrifft dies bspw. auch Kinder und ihre Bedarfe in hohem Maße.

12 Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass ein Teil  
13 der Summe als Bargelddbetrag abgehoben werden könne, wenn bspw. eine  
14 Kartenzahlung nicht möglich ist. Dennoch ist es höchst fragwürdig, inwieweit  
15 diese Geldbeträge ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene  
16 Geflüchtete 50 € und Kinder 10 € im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch  
17 nicht möglich. Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die  
18 Einkäufe der Nutzer\*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, an welchen Orten  
19 eingekauft werden darf, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.

20 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,  
21 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit  
22 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der  
23 Karte führen zu einer zusätzlichen Belastung. Außerdem sollen Kommunen  
24 ermitteln, welche Bargelddbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig wären. Das  
25 stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner Relation zum  
26 scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.

27 Darüber hinaus wird von einigen Akteur\*innen gehofft, dass die Bezahlkarte  
28 Deutschland für Asylsuchende unattraktiver macht. Allerdings fliehen  
29 Asylsuchende nicht wegen der vermeintlich attraktiven Bedingungen nach  
30 Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern.

31  
32 Die zuletzt auch durch einzelne CDU-Vertreter\*innen vorgestellte Idee, solche  
33 Karten als Erfolgssystem zu betrachten und bspw. auf Bürgergeldempfänger\*innen  
34 auszuweiten, ist nicht nur Ausdruck von zusätzlicher Gängelei, sondern auch  
35 potentiell verfassungswidrig.

36  
37 Mit der jüngsten Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes steht neben  
38 Bezahlkarte und Geldleistung gleichrangig das Sachleistungsprinzip.  
39 Sachleistungen diskriminieren Geflüchtete im Zeitraum des Grundleistungsbezuges  
40 (36 Monate) und sind nicht mit unserer Vorstellung humanitärer Migrationspolitik

41 und einer Willkommenskultur vereinbar. Daneben stellt die Sachleistungsgewährung  
42 Kommunen vor weitere logistische und finanzielle Herausforderungen. Die quasi-  
43 Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips ist ein diskriminierender  
44 Rückschritt, ein großes Teilhabehemmnis und ein Einfallstor für autoritär-  
45 populistische Kräfte, welche damit über Fresspakete und Wertgutscheine ihre  
46 Vorstellung abschreckender, diskriminierender Asylpolitik umsetzen können.

47 Angesichts dieser Gefahren bestärken wir alle bündnisgrünen  
48 Kommunalpolitiker\*innen in Sachsen-Anhalt sowie die bündnisgrüne  
49 Landtagsfraktion, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete  
50 auszusprechen, wenn diese grundsätzliche Freiheiten von Asylsuchenden bei der  
51 Nutzung der ihnen zustehenden Mittel einschränkt. Die SocialCard der Stadt  
52 Hannover zeigt ein Beispiel, wie stattdessen eine diskriminierungsfreie Nutzung  
53 der Bezahlkarte ausgestaltet werden kann. Daran wollen wir uns politisch  
54 orientieren. Stattdessen soll der Zugang zu Girokonten in den Fokus gerückt  
55 werden, um größtmögliche Teilhabe zu gewährleisten und die Autonomie  
56 Geflüchteter zu stärken.

## Begründung

erfolgt mündlich